

TAE Taxpayers Association Europe

Bankenunion Die Schlinge zieht sich zu!

(24.03.2013)

Das ist die Überschrift eines Artikels von Frank Schäffler, den wir [hier veröffentlichen](#). Denn diese Bankenunion ist keine Schutzburg, die Sie, werte Leser, Bürger und Steuerzahler, zukünftig vor den Machenschaften der Banken schützen soll. Wenn Sie dieser Propaganda des regierenden Eurosyndikats Glauben schenken, sind Sie auf einem Irrweg in den Abgrund. Vielmehr liegt der einzige Zweck dieser sogenannten Bankenunion darin, dass die inzwischen geradezu ungeheuerlichen Risiken und Altlasten der paneuropäischen Zockerbanken (im Billionenbereich) geschickt und zunächst unbemerkt auf die normalen europäischen Bürger abgewälzt werden können (nicht involviert sind die **Sparkassen**, Volks- und Raiffeisenbanken in all ihren nationalen Ausprägungen!). Mit anderen Worten: Hier werden die Grundlagen geschaffen, dass die normalen Bürger die Spekulationsrisiken der internationalen Hochfinanz in vollem Umfang zu übernehmen haben. Die politische Klasse hat eine richtungsweisende Entscheidung getroffen: Sie unterstützt die Banken und die Hochfinanz gegen die Interessen der normalen Bürger. Das ist der Kern um den sich alles dreht. Treibende Kraft auch hier wieder unser verehrter Herr Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, der sich ja bekanntlich mit dem ESM sein eigenes Steuerparadies geschaffen hat. Als immuner ESM-Gouverneur bezieht er dort ein unbekanntes Gehalt, das er nach ESM-Bank-Satzung nicht zu versteuern hat. Wir haben diese Fakten in unserer **ESM-Kommentierung** zu Art. 35 ff. ESM klar aufgezeigt. Herr Gouverneur Schäuble ist eben ein wenig gleicher als die übrigen Bürger, besser gesagt, er hat sich selbst einen ganz besonderen Sonderstatus eingeräumt. Manche Journalisten und Inhaber der Mainstreampresse scheint das nicht zu stören. Warum wohl nicht? Herr Hoeneß hätte sich an Herrn Gouverneur Dr. Schäuble ein Beispiel nehmen sollen, dann müßte er jetzt nicht einsitzen. Merke: Wer Milliarden von Bürgern sauer verdiente Steuergelder über die ESM-Bank unkontrollierbar an Zockerbanken verschiebt, erhält dafür als Belohnung ein steuerbefreites Spitzenhonorar in unbekannter Höhe; wer dieser Abzocke zu entgehen sucht, landet, wenn er es falsch anstellt, im Knast. Da kann man schon ins Grübeln kommen!

Nun will also Herr Barroso will sein Versprechen an die Hochfinanz erfüllen! Da der ESM-Bank bei den bevorstehenden zukünftigen Bankenrettungen die zentrale Rolle zufällt - denn die zukünftigen „Bankenrettungsaktionen“ werden natürlich über die ESM-Bank und die EZB abgewickelt werden - geht es wieder **unmittelbar an IHREN Geldbeutel** und das wird kein Kleingeld sein (im Übrigen: wer und in welcher Höhe gerettet werden wird, bleibt natürlich geheim). Wir erinnern Sie nochmals eindringlich daran: Für alle Schulden/Garantien/faulen Forderungsaufkäufen der ESM-Bank und der EZB haftet Deutschland zumindest zu 27 % (Untergrenze!). **Deutschland sind SIE**. Und gegen diese bevorstehenden Plünderung wird die Steuerhinterziehung des Herr Hoeneß ein Staubpartikel sein. Vielfach haben wir ausgeführt, dass die **illegale Tätigkeit der ESM-Bank** unter ihren ebenso illegalen Gouverneuren die Finanzen ganz Europas und speziell Deutschlands und seiner Bürger vernichten wird. Dieser Prozess schreitet nun – wie der mutige Frank Schäffler richtig aufzeigt – zügig voran.

Wehren Sie sich dagegen:

Zeichnen Sie verstärkt

www.stop-esm.org

Widerstand Muss Zeichen setzen!

Rolf von Hohenhau
(Präsident)

von Frank Schäffler

Der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso kann zufrieden sein. So auch seine offizielle Stellungnahme: „Die heutige politische Vereinbarung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus vollendet unsere Bankenunion. Dies wird Vertrauen und Stabilität in den Finanzmärkten stärken und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft wiederherstellen. Wir haben versprochen, dies vor den Europawahlen zu tun. Ich bin sehr erfreut, dass wir dieses Versprechen erfüllt haben.“

Worum geht es? Es geht darum, wer die Lasten der Bankenschieflagen in Europa tragen soll: die Eigentümer und die Gläubiger oder die Sparer und die Steuerzahler. Es geht um viel Geld. Letzte Woche habe ich hier an dieser Stelle **über die Schuldsituation der spanischen Banken im Zuge der dortigen Immobilienkrise geschrieben**. Danach stehen rund 17 Prozent des Kreditvolumens – rund 250 Mrd. Euro – an den Privatsektor im Feuer. Hohe Wertberichtigungen für den spanischen Bankensektor sind unausweichlich, die deren Eigenkapital im Winde verwehen lässt.

In den anderen Krisenländern sieht es nicht viel besser oder sogar schlimmer aus. **In Zypern wird jeder zweite Kredite (!) nicht ordnungsgemäß zurückgezahlt**. Die klassische Lehre lautet: So lange die Banken nicht mit frischem Kapital ausgestattet werden, solange werden keine neuen Kredite durch den maroden Bankensektor ausgereicht und solange wird es keinen neuen Wirtschaftsfrühling in diesen Ländern geben. Da es keine privaten Kapitalgeber gibt, die in ein marodes Banksystem frisches Geld geben wollen, bleibt nur der Staat, die Sparer oder die Insolvenz der Institute.

Da Letzteres ausgeschlossen wurde, hatten die Eurostaaten mit einem überschuldeten Bankensektor von Anfang an nur ein Ziel: Sie wollten an ihren Staatshaushalten vorbei, die „Vitalisierung“ ihres Bankensektors durch das Geld der anderen Staatshaushalte und der Sparer in Europa vorantreiben.

Angela Merkel hat dieses Zugeständnis bereits sehr früh gemacht. Am 29. Juni 2012 stimmte sie beim Europäischen Rat in Brüssel zu „sobald unter Einbeziehung der EZB ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus für Banken des Euro-Währungsgebiets eingerichtet worden ist, hätte der ESM nach einem ordentlichen Beschluss die Möglichkeit, Banken direkt zu rekapitalisieren.“ Dieser

entscheidende Satz in der Gipfelerklärung war die Eintrittskarte für die sogenannte Bankenunion aus einheitlicher Bankenaufsicht, Einlagensicherung und Abwicklungsmechanismus für in Schieflage geratene Banken in Europa.

Die Bankenaufsicht soll unter dem Dach der EZB bis Ende dieses Jahres stehen. Die Bankenabwicklung und die europäische Einlagensicherung wurden gestern abschließend eingestiegt. Damit geht eine lange, liberale Tradition zu Ende, die mit dem Genossenschaftswesen und Namen wie Hermann Schulze-Delitzsch und Eugen Richter verbunden war.

Glaubten die Volks- und Raiffeisenbanken noch, ihr seit dem 19. Jahrhundert stolzes Modell der Selbstorganisation und der gegenseitigen Notfallhilfe im Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken würde sie vor dem Zugriff eines paternalistischen Europas schützen, sind sie seit gestern eines Besseren belehrt. Ebenso geht es den Sparkassen. Auch sie dachten, dass sie nicht für Bankenschieflagen in Europa zur Kasse gebeten werden. Jetzt geht es viel schneller. Ein Fonds der in den ersten acht Jahren mindestens 55 Mrd. Euro von allen Banken in Europa einsammeln wird, soll bereits in den ersten zwei Jahren mit 33 Mrd. Euro befüllt werden. Er soll auch kapitalmarktfähig werden, das heißt, er kann sich verschulden. Vielleicht bekommt er auch noch eine eigene Banklizenz und damit die Eintrittskarte, um sich bei der EZB frisches Geld durch die Teilnahme an sogenannten Tendergeschäften zu besorgen. Dann könnte der Abwicklungsfonds Anleihen begeben, um frisches Geld am Kapitalmarkt aufzunehmen, aber sich gleichzeitig auch direkt bei der EZB frisches Geld besorgen.

Ich gehe davon aus, dass es im zweiten Halbjahr sehr schnell gehen wird. Erst stellt die EZB per Beschluss fest (im Zweifel per Mehrheit), dass eine Bank abgewickelt bzw. mit frischem Eigenkapital ausgestattet werden muss und anschließend stellt der Ausschuss des einheitlichen Abwicklungsmechanismus die notwendigen Mittel aus dem Abwicklungsfonds (im Zweifel per Mehrheit) bereit. Wenn jetzt noch die direkte Hilfe für Banken aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM möglich wird, dann hat sich die Schlinge entgültig zugezogen.

www.frank-schaeffler.de

Anmerkung: Dieser Artikel wurde am 24.03.2014 auf [MMnews](#) erstveröffentlicht